

Marzahn- Hellersdorf **links**

DIE LINKE. Bezirksverband Marzahn-Hellersdorf • Informationsblatt

„Zur Person“ stellen wir Ihnen Sarah Fingarow vor, Studentin und Mitglied des Bezirksvorstands der LINKEN. Mit Ideen und Engagement ist sie dabei, und sie möchte andere ermutigen, sich politisch aktiv einzubringen Seite 2

Landesparteitag der LINKEN. Berlin stellte Weichen für das Wahljahr 2011. Beschlüsse umreißen, wie die Partei in den Wahlkampf gehen wird. Gewählt wurden die Landesgremien Vorstand, Finanzrevisions- und Schiedskommission Seiten 3

Wolfgang Brauer blickt zurück - auf 20 Jahre PDS/DIE-LINKE-Zeit im Bezirk. Was hat sich wirtschaftspolitisch getan seitdem? Was ist gelungen, was musste auch gegen Widerstände durchgesetzt werden? Erfolge brauchen Zeit! Seite 5

Jahresrück- und -ausblick

Bezirksbürgermeisterin Dagmar Pohle wünscht allen Leserinnen und Lesern einen guten Start ins Jahr 2011

Das vierte Jahr dieser Legislaturperiode ist vorbei. Das wirft die Frage auf, was wir noch erreichen wollen in der Bezirksverordnetenversammlung und dem Bezirksamt, denn wir gehen in das Wahljahr, und die ersten Vorzeichen flackern schon auf.

Unter großen Mühen haben wir den Bezirkshaushalt stabilisiert, zirka ein Fünftel der Altschulden abgebaut und dabei die Infrastruktur, sowohl die soziokulturelle als auch die materielle, erhalten und gestaltet. Mit den Mitteln des Konjunkturprogramms haben wir Schulen und Kitas saniert und energetisch ertüchtigt, mehr Reparaturen an Straßen waren möglich.

Vor einem Jahr schrieb ich an gleicher Stelle, dass Eingriffe durch die neue Bundesregierung zu befürchten sind. Zum fünften Jahr dieser Legislaturperiode zeigt sich deutlicher, dass die Auswirkungen der schwarz-gelben Bundespolitik auch auf die Situation in den Kommunen und die Bezirkspolitik durchschlagen. Es hat bis zum August gedauert, dass die „Reform“ des SGB II, vielen geläufiger als HARTZ IV, im Bundestag beschlossen und durch den Bundesrat war. Das sogenannte Bildungspaket, das zum 1. Januar 2011 eingesetzt werden soll, ist bis heute nicht im Bundestag beschlossen. Mit den Haushaltsbeschlüssen im Reichstag werden wir 2011 mehr als ein Drittel unserer Arbeitsmarktmittel verlieren. Das

wird deutliche Auswirkungen vor allem auf den 2. Arbeitsmarkt haben, denn auch wenn die Arbeitslosenquote in unserem Bezirk auf 12 Prozent gesunken ist, suchen noch immer mehr als 15 000 Menschen aus Marzahn-Hellersdorf länger als ein Jahr Arbeit. Die große Politik nimmt eben Einfluss auf die Arbeit und unsere Möglichkeiten in der Kommune, auch



„Alles wird gut“ - zu einer Lesung unter diesem Motto hatte Dagmar Pohle Ende November Gisela Steineckert zu Gast. Und es blieb kein Zweifel, dass man dafür selbst etwas tun muss und kann. Foto: Heidi Wagner

wenn manche Bürgerinnen und Bürger, z. B. in Einwohnerversammlungen es gar nicht möglich, wenn die Mitglieder des Bezirksamtes auch mal darauf verweisen müssen, dass es gerade nicht unsere Zuständigkeit ist. Das heißt eben auch, sich mit der „großen Politik“ auseinanderzusetzen und sich zu wehren und sich nicht alles gefallen zu lassen.

Vor wenigen Tagen habe ich eine interessante Lesung mit Gisela Steineckert moderiert, sie

hat den Anwesenden viel Mut gegeben. Auch wenn der Titel „Alles wird gut“ wohl eher ironisch gemeint war. Aber dafür zu streiten, lohnt allemal!

Nutzen wir die Tage des Jahresausklangs, um Kraft und Mut zu schöpfen! Ich wünsche allen ein friedliches Weihnachtsfest und einen guten Start ins neue Jahr 2011!

**Allen
Leserinnen
und Lesern
wünschen
Bezirksvorstand,
BVV-Fraktion
und Redaktion
ein schönes
Weihnachts-
fest und
ein gutes
Jahr 2011**



Was gibt's noch?

Seite 2:

- Zur Person: Sarah Fingarow
- Petra Pau: Ja-Schreier und Nein-Sager

Seite 3:

- Neues aus der BVV
- Infosplitter

Seite 4:

- Helfende Hände
- Aus dem Bezirksvorstand

Seite 5:

- Erfolge brauchen Zeit
- Nachhaltigkeit im Vordergrund

Seite 6:

- Das MfS - Fragen an eine Behörde
- Aus den Siedlungsgebieten

Seite 7:

- Jugendseite:

Seite 8:

- Tipps und Termine
- Hinten links

DIE LINKE.

Zur Person: Sarah Fingarow

NICHT abwarten und Tee trinken

Sarah Fingarow ist vielen GenossInnen als Mitglied des Bezirksvorstandes bekannt. Die zielstrebige junge Genossin will 2011 für die BVV kandidieren.

Die 23-Jährige ist in einem politischen Elternhaus in Hellersdorf aufgewachsen und hat sich schon früh für Politik interessiert. Irgendwann landete sie beim Jugendverband [solid], arbeitete in der Bezirksgruppe und wurde zwischenzeitlich auch dessen Landessprecherin.

Der Übergang zwischen Jugendverband und Partei verlief fließend, sagt Sarah, und so ist es für sie eine logische Handlungsweise auch in der Marzahn-Hellersdorfer LINKEN aktiv zu sein. An unserer Partei gefällt ihr, dass sie offen ist. Eine



Sarah Fingarow

Foto: Heidi Wagner

moderne Partei, obwohl ihr immer noch ein verstaubtes Image anhängt. DIE LINKE sollte

Grundwerte wie die konsequente Friedenspolitik nicht verlassen, sich aber Koalitionsmöglichkeiten stellen und alle Möglichkeiten nutzen, unter den jetzigen Bedingungen eine höhere Lebensqualität für alle Menschen zu erreichen.

Sie engagiert sich gern im Wahlkampf und hat Spaß an Parteiarbeit, nicht nur an projektbezogenen Aktionen. Sie möchte sich kontinuierlich politisch betätigen, Verpflichtungen eingehen. Sarah kandidierte erfolgreich für den Bezirksvorstand, wo sie aktuell an der Organisation des Jahresempfangs beteiligt ist.

Die politisch-organisatorische Arbeit im Vorstand gefällt ihr. Sie ist Mitglied der AG Struktur, da verwun-

dert es nicht, dass sie sich vor allem für die Neustrukturierung der Basisgruppen und die Bildung von Netzwerken interessiert, z.B. den linken Frauenstammtisch.

Frauenpolitik und Gleichstellung sind Themen, denen sich die junge Genossin in der BVV widmen möchte. Ihren Wunsch zur Kandidatur hat sie unlängst bekundet. Wenn es ihre Zeit als Studierende zulässt, verschafft sie sich als Gast in der Bezirksverordnetenversammlung schon mal einen Eindruck von Marzahn-Hellersdorfer Kommunalpolitik. Sarah studiert für das Lehramt in den Fachrichtungen Sozialkunde und Arbeitslehre. Gute Voraussetzungen für Bildungs- und Jugendpolitik. Sie findet es aber auch spannend, sich in ein neues Politikfeld einzuarbeiten.

Wie viele Studierende finanziert sich Sarah ihren Lebensunterhalt neben dem Studium mit Arbeit und kommt dabei auch noch den Promis aus Kunst, Kultur und Politik nahe, beim Kellnern für eine Event- und Cateringagentur. So Manche würde etwas dafür geben, den Schauspieler Orlando Bloom oder den Fußballer Mesut Özil aus der Nähe zu sehen und noch Geld dafür zu bekommen!

Ob es noch Lieblingsbeschäftigungen gibt, möchte ich wissen und ihre Zeit dafür reicht. Für einen Earl Grey mit Milch nimmt sich die passionierte Teetrinkerin immer Zeit. Und zu Hause wartet noch ihre Katze.

Sabine Behrens

Hartz-IV-Splitter

Vom alltäglichen Wahnsinn mit „Hartz IV“

Seit dem 1.1.2005 gilt das Sozialgesetzbuch (SGB) II. Arbeitslosen- und Sozialhilfe wurden zusammengeführt auf einem Niveau, das unterhalb der bisherigen Sozialhilfe und erst recht unter dem der Arbeitslosenhilfe liegt. Die Stellung des Arbeitslosen gegenüber der Behörde wurde grundlegend geschwächt, den Pflichten stehen keine Rechte gegenüber, Leistungen für den Arbeitssuchenden sind Kann-Bestimmungen. Die Schriftsprache ist voller Schuld-Zuweisungen ohne Anlass auf Seiten des Arbeitslosen. „Hartz IV“ ist Armut und Demütigung per Gesetz.

Von Beginn an hat unsere Partei gegen dieses Gesetz gekämpft und gestritten. Gleichzeitig waren und sind wir stets an der Seite der von diesem unsozialen Gesetz Betroffenen, u.a. mit der Donnerstags-Sprechstunde unter Leitung unseres Fraktionsvorsitzenden Klaus-Jürgen Dahler, wir hatten seinerzeit darüber berichtet.

Ich habe stets die Solidarität meiner Genossinnen erlebt, zugleich aber auch immer wieder Erstaunen und Befremden beim Bericht über konkrete Bedingungen, die mit diesem Gesetz und der Organisation seiner Durchführung auf Bundesebene gesetzt wurden - kein Wunder, so vieles ist eigentlich auch unvorstellbar. Daher berichten wir an dieser Stelle künftig von den Auswirkungen verschiedener Aspekte dieses Gesetzes im Alltag von Alg-II-Empfängern.

Sonja Hildebrandt

Petra Pau (MdB): Ja-Schreier und Nein-Sager

Es brodelt. In Stuttgart gegen ein Bahnhofs-Projekt, im Wendland gegen einen Atom-Deal, in Berlin gegen Flug-Lärm. Bürgerinnen und Bürger begehren auf, wie seit Jahrzehnten nicht mehr. Sie fühlen sich verraten und verkauft.

Auf „Phönix“ kann man verfolgen, wie Heiner Geißler Befürworter und Gegner von „Stuttgart 21“ zwingt, Argumente vorzutragen und zwar so, dass sie allgemein verstanden werden können. Das ist verdienstvoll.

Bemerkenswerter ist, dass die Regierung inzwischen einen Vermittler braucht, um überhaupt noch mit den Regierten ins Gespräch zu kommen. Das Misstrauen ist wechselseitig - kein Gütezeichen für ein demokratisches Staatswesen.

„Wenn das Schule macht, dann verliert Deutschland seine Zukunftsfähigkeit“, kommentierte die CDU/CSU die Proteste rund um „Stuttgart 21“. Ich frage: Was ist das für eine Gegenüberstellung: Demokratie oder Zukunft?

Gleichwohl: Die CDU/CSU bleibt sich treu und damit verlässlich. Sie wähnt sich noch immer allwissend und sie war bislang stets gegen direkte Demokratie. Sie ahnt dabei

nicht mal, wie sehr sie damit der SED ähnelt. Anders die SPD und die Grünen. Die neuen Proteste weckten in beiden Parteien alte Tugenden. „Wir brauchen endlich Volksabstimmungen, auch auf Bundesebene!“, forderten sie lauthals im Sommerloch.

Bis zum 12. November 2010. Da wurde im Bundestag über einen Gesetz-Entwurf der LINKEN abgestimmt. Es ging darin um mehr direkte Demokratie. Und siehe da: Die Ja-Schreier entpuppten sich als Nein-Sager.

Die Abgeordneten von Bündnis 90/Die Grünen enthielten sich alle und die Volksvertreter der SPD stimmten unisono dagegen. Sie kritisierten den Antrag der Linksfraktion als „unausgewogen“ und „nicht hinreichend“.

Na, hoppla-hopp. Sechs Monate hatten beide Parteien Zeit, den Links-Entwurf zu verbessern. Sie versuchten es nicht einmal. Und so leisten sie dem allgemeinem Demokratie-Verdruss weiter Vorschub - vor sich hin lügend.

Ich bleibe dabei: Gegen Demokratie-Verdruss hilft nur mehr direkte Demokratie. Wir brauchen endlich Volksabstimmungen auch auf Bundesebene. Zumal: In dieser Frage ist Deutschland noch immer ein EU-Entwicklungsland.

DIE LINKE fordert bezirkliches Konzept für soziale Wohnungspolitik

Die Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung im November machte zunächst den Anschein einer kurzen Sitzung.

Die Forderung der Linksfraktion für ein bezirkliches Konzept für eine soziale Wohnungs- und Mietpolitik wurde im Konsens beschlossen. Ein gemeinsamer Antrag von Bündnis-Grünen und LINKEN für einen bezirklichen Aktionsplan gegen Homophobie und Transphobie wurde mit den Stimmen von Linksfraktion, Bündnis-Grünen und SPD beschlossen.

Bei den Großen Anfragen setzte unsere Fraktion die drohende Kürzung der Mittel des sozialen Städtebaus auf die Tagesordnung. Zeitgleich beschloss der Bundestag die angekündigte Streichung erheblicher Gelder in

diesem Bereich. Besonders Lichtenberg und Marzahn-Hellersdorf, aber auch einige westliche Berliner Bezirke sind hiervon besonders betroffen.

Ebenfalls zur Debatte stand ein Antrag von Hassan Metwally, sich dafür einzusetzen, Jugendoffiziere der Bundeswehr nicht allein an Schulen werben zu lassen. Ihnen sollten VertreterInnen militärkritischer Organisationen und des Zivildienstes an die Seite gestellt werden.

Der Ausschuss für Bildung und Kultur empfahl dem Plenum, den Antrag zu beschließen. Letztlich unterstützen nur DIE LINKE sowie die Bündnis-Grünen den Antrag, der dann auch mit deren Stimmen beschlossen wurde. CDU und SPD sahen hierbei einen vermeintlichen Angriff auf das Grundgesetz und die

Bundeswehr. Das durch das Grundgesetz verbrieft Recht auf Wehrverweigerung und Gewissensfreiheit schien den beiden Parteien nicht bekannt zu sein.

Emotional wurde die Diskussion der BVV ebenfalls bei einer Anfrage zum Klimaschutz. Ich bezog hierbei Stellung für unsere Fraktion und unterstrich die dringend notwendige Verbindung der ökologischen mit der sozialen Frage. Dies ist ein Alleinstellungsmerkmal unserer Partei.

Lediglich die Grünen erweckten den Anschein, dieses Ansinnen zu teilen, von SPD und CDU war in dieser Frage nichts zu hören. Die Sitzung konnte wieder im Internet live verfolgt werden. Unter www.bvvlive.de werden die Sitzungen der BVV regelmäßig ins Internet übertragen. **Bjoern Tielebein**

3. Landesparteitag voll auf Wahl-2011-Kurs

Wer es sozial will, muss DIE LINKE wählen!

1. Die Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus sowie zu den Bezirksverordnetenversammlungen sind unsere zentrale Herausforderung für 2011. DIE LINKE kämpft darum, ihr Wahlergebnis von 2006 deutlich zu verbessern und so die Option auf eine Beteiligung an der Berliner Landesregierung zu erneuern.

Der Landesvorstand und die Bezirksvorstände bereiten den Wahlkampf personell, inhaltlich und organisatorisch vor. Der Landesvorstand erarbeitet ein Wahlprogramm, das sich auf wesentliche landespolitische Projekte für den Zeitraum 2011 bis 2016 konzentriert. Weitere Vorhaben sind in einem »A-Z«-Dokument zusammenzufassen.

2. Der Landesvorstand wird im Dezember 2010 eine Wahlstrategie beschließen, im Januar 2011 Eckpunkte eines Wahlprogramms vorlegen, das wir, nach breiter Debatte im Landesverband und mit gesellschaftlichen Akteurinnen und Akteuren, Ende März beschließen werden. DIE LINKE Berlin tritt mit

einer Landesliste zu den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus an. Diese Landesliste werden wir Mitte April wählen und mit dem 1. Mai, dem Tag der Arbeit, unseren Wahlkampf beginnen.

3. DIE LINKE Berlin konnte in den zurückliegenden Jahren viele neue Mitglieder begrüßen. Mit ihnen konnte ein langjähriger Trend des Mitgliederverlustes gestoppt werden. Auch im kommenden Jahr wollen wir eine gewinnende und überzeugende Kampagnenarbeit führen, die viele Menschen erreicht und motiviert, mit uns an einem sozialen Berlin zu arbeiten.

Der Landesvorstand und die Bezirksvorstände sind beauftragt, neue Mitglieder schnellstmöglich zu integrieren und mit ihnen die Strukturen einer neuen Mitgliederpartei weiterzuentwickeln.

Beschlossen auf der 1. Tagung des 3. Landesparteitages der LINKEN. berlin, am 27.11.2010

Infosplitter

Jubiläum

Der Hellersdorfer Kleingärtnerverband feierte am 20. November 2010 sein 20-jähriges Bestehen. 2188 Kleingärtnerfamilien nutzen Kleingärten in den Kleingartenanlagen in Hellersdorf. Der Verband engagiert sich seit Jahren auch sozial und vermittelt seiner Mitglieder Kenntnisse über ökologischen Anbau. Wir gratulieren und Fraktion und Bezirksratsmitglieder werden auch weiterhin die Arbeit des Verbandes unterstützen.

Ehrenamtspreis

Auch in diesem Jahr werden wieder langjährig ehrenamtlich tätige Bürgerinnen und Bürger mit dem Ehrenamtspreis der Bezirksverordnetenversammlung und der BVV ausgezeichnet. 41 Einzel- und sechs Gruppenpreise werden am 3. Dezember 2010 im Saal der Empfänge im Erholungspark Marzahn vergeben.

Baumfällungen

In der Lappiner Straße muss aus Verkehrssicherungsgründen ein weiterer Baum gefällt werden. Vor der Fällung wird durch eines Experten geprüft, ob sich in dem Baum Fledermäuse aufhalten. Ersatzpflanzungen von Bäumen können im Umfeld der Straße nicht vorgenommen werden, da in letzter Zeit Leitungen neu verlegt wurden, so dass für Baumanpflanzungen an den alten Standorten kein Platz ist.

Wernerbad

Eine Prüfung durch das Bezirksamt bis Mitte des Jahres hatte ergeben, dass für den Bezirk keine Möglichkeit besteht, das Bad wieder einzurichten. Die Fläche, um die es geht (Wernerbad und Tennisplatz), Ridbacher Str. 44-52 bestand aus zwei Flurstücken mit einer Gesamtfläche von 23 414 m². 2010 hat eine Grundstücksteilung stattgefunden. Danach sind die Bäderbetriebe Eigentümer des Grundstückes mit dem Wernerbad und das Land Berlin Eigentümer des Grundstückes mit dem Tennisplatz. In der BVV wird zurzeit darüber diskutiert, was aus dem Grundstück Wernerbad werden soll und wie der Bezirk Einfluss nehmen kann. **Dr. Renate Schilling**

Gewählt:

Landesvorstand:

Als **Landesvorsitzender** wurde Klaus Lederer, als **Stellvertretende Landesvorsitzende** wurden Katrin Lompscher und Katrin Möller sowie Wolfgang Albers gewählt.

Sylvia Müller wurde als **Landesschatzmeisterin** und Carsten Schatz als **Landeschäftsführer** gewählt. Zu **Mitgliedern** des Landesvorstandes wurden gewählt: Yasemin Aktay, Christina Emmrich, Klaus Gloede, Delia Hinz, Heidi Kloor, *Doreen Kobelt*, Malte Krückels, Felix Lederle, *Hassan Metwally*, Tobias Schulze, Anni Seidl, Nurda Tazegül und Julia Wiedemann

Landesschiedskommission:

Michael Anker, Christina Pfaff, *Erika Preußer*, *Eberhard Roloff*, Hendrik Schlutt, Alexa Steindorf, Peter Venus und Susanne Willems

Landesfinanzrevisionskommission:

Ilse Bieber, Ingo Bremer und Helga Weiß

Kursiv gedruckt:

Diese Gewählten sind im Bezirksverband Marzahn-Hellersdorf der LINKEN organisiert.

„Helfende Hände“

Diese einladenden Worte stehen über der Tür des ehemaligen Schulgebäudes im Roßweiner Ring 13 in Hellerstorf, nahe der Straßenbahndaltestelle der Linie 6 und 18. Und sie sind nicht nur Worte sondern bewusst gewählt als Programm der Sozialprojekte der G.U.T. Consult Gesellschaft für Umwelt- und Territorialplanung mbH im Bezirk.

Dr. Gabriele Hiller, Mitglied der Linksfraktion im Berliner Abgeordnetenhaus und hier in ihrem Wahlkreis zu Hause, staunte nicht schlecht über das umfangreiche Angebot, das in Regalen, Schränken und Ecken zum „Verkauf“ bereitstand. Dabei handelte es sich um kleinere Dinge, wie Geschirr, Wäsche und Kleidung in jeder Größe, Spielsachen, Bücher bis hin zu Möbeln und manchmal auch größere technische Geräten. In einer Ecke standen mehrere Skier und gleich am Eingang sogar ein Fitnessgeräts für zu Hause.

All diese Dinge werden kostenlos an Menschen abgegeben, die sich wegen fehlender finanzieller Mittel mal eben schnell einen Einkaufsbummel im Eastgate oder einem anderen größeren Kaufhaus nicht leisten können. Hier wird mit dem entsprechenden Bescheid des Amtes die Bedürftigkeit geprüft und schon hat man die Möglichkeit, einmal monatlich

Sachgegenstände im Wert von 20 Euro kostenlos mit nach Hause zu nehmen.

Silvia Vent, die Projektleiterin, arbeitet schon seit Anfang an hier an diesem Standort. Ihr

engagiertes Credo: „Auch bei uns ist der Kunde König und nicht etwa Mensch zweiter Klasse.“ nimmt man ihr unbedingt ab. Auf die Frage, ob diesen etwas versteckten Ort denn jemand finde, erklärt sie, dass die Anzahl der Kunden sich von anfänglich täglich 6 bis 7 inzwischen bis auf 50 bis 60 erhöht hat. Längst sind es auch nicht nur Menschen aus der näheren Umgebung. Das gute Angebot spricht sich rum. Gabriele Hiller bescheinigte ihr gern, dass die Sauberkeit der Räume sowie die Qualität der Gegenstände auch sie überzeugte.

80 % der angebotenen Waren kommen aus Spenden, 20 % sind sogar Dinge, die sie sich neuwertig von größeren Warenlagern abholen können. Zuviel haben sie nicht und Spenden sind immer willkommen. Insofern begrüßt Silvia Vent



Für „Leseratten“ ist auch allerhand im Angebot- Gabriele Hiller in der Bibliothek des Projektes.
Foto: Sabine Schwarz

die Möglichkeit dazu aufzurufen, gerade auch in der Vorweihnachtszeit, einmal den Kleiderschrank oder überhaupt den Haushalt zu überprüfen, ob nicht funktionierende und gut erhaltene Dinge oder Kleidung als Sachspenden an die „Helfenden Hände“ möglich wären. Außerdem ist der Transport, d.h. mögliche abzuholende Spenden auch ein Problem, da dafür nur ein PKW zur Verfügung steht. Wer also damit aushelfen kann, sei hiermit ebenfalls dazu aufgerufen.

Gabriele Hiller will das Projekt unbedingt noch mehr in den Fokus der Öffentlichkeit rücken und unterstützen.

Sabine Schwarz

Frauen und Gleichstellung?

Grundsätzlich und allgemein ist da ja viel erreicht. An Gleichstellung, Akzeptanz der Rollen von Frauen und Männern in Politik, Beruf und Alltag - und dies dank der selbstbewussten Rollenbilder der Ostfrauen ebenso wie dank einer Frauenbewegung in Westdeutschland. Aber auch schon junge Frauen merken, es ist doch nicht alles in Ordnung. Wer näher hinschaut auf die spezifischen Regeln in Vorstandsetagen, Gremien, bei Besetzung von Leitungspositionen ebenso wie bei der Berücksichtigung von Hausarbeit und Familie, sieht schnell: Es ist nicht alles so, wie es sein sollte, der emanzipatorische Prozess stockt nicht nur, es gibt Stillstand und um es behutsam zu sagen: ein wenig FEINARBEIT ist noch zu tun. Auch und gerade links brauchen wir die Debatte und es ist schön, dass es neue Anstöße gibt. Natürlich gelingt es in der LINKEN

besser als in anderen Parteien, dass sich Frauen aktiv an Entscheidungsprozessen beteiligen. Sie sind selbstbewusst und erfolgreich als Bürgermeisterin und Senatorin. Gerade diese Frauen und viele junge, neue Genossinnen haben jetzt als „Linke Frauen in Berlin“ neu eine Aktionsplattform gestartet. Es sind Frauen aus Ost und West, alt und jung, engagiert und sachorientiert. Denn es geht weder um das große „I“ der Ingenieurin, noch um die Begrenzung auf Feminismus oder kleine Kaffeekränzchen. Ziel ist es vielmehr, Frauen aus den verschiedensten Themen, von Stadtraum bis Wirtschaft, einzubinden in die Programmdebatte und durch den Austausch besser zu wissen, was in der Stadt geschieht. Alle Termine findet Ihr unter www.feinarbeit.blogspot.com

Neue Genossinnen sind willkommen!

Julia Witt / Julia.Witt@die-linke-berlin.de

Kurz berichtet:

Aus dem Bezirksvorstand

Wasser ist ein wichtiges Lebensmittel, im antiken Griechenland (manchmal auch noch heute) galt es als eines der vier Grundelemente. Und es ist Gegenstand der Politik auf allen Ebenen - von der Weltpolitik bis hin zum Bezirk.

Im Land Berlin war das Volksbegehren über die Offenlegung der Teilprivatisierungsverträge bei den Berliner Wasserbetrieben klar erfolgreich, es wurden unter Mitwirkung vieler unserer Mitglieder deutlich mehr Unterschriften gesammelt als erforderlich sind. Die Verträge wurden inzwischen inoffiziell von der taz und offiziell von den Vertragspartnern offengelegt. Das hat allerdings nach dem Gesetz keinen Einfluss auf den weiteren Ablauf des Verfahrens - deshalb werden die Wähler nun am 13. Februar 2011 zum Volksentscheid gerufen. In dieser Situation scheint es bei manchen Politikern anderer Parteien zu einem (wohl nicht zufälligen) Gedächtnisverlust über das Zustandekommen der Verträge und die Rolle der LINKEN (und früher der PDS) zu kommen. Die Linksfraktion im Abgeordnetenhaus hat deshalb in einer Broschüre „Verkauft Wasser - Die Geschichte einer Teilprivatisierung und ihre Folgen“ nicht nur den Standpunkt der LINKEN dargelegt, sondern anhand von Reden und Erklärungen vom Januar 1999 bis zum November 2010 ihre Positionen exakt dokumentiert. Es lohnt, sich mit diesem Thema genauer zu befassen - nicht zuletzt, weil wir ja auf die Wahlen zugehen. Die Broschüre ist in der Geschäftsstelle zu bekommen, man kann sie auch im Internet (www.linksfraktion-berlin.de) herunterladen.

Um Wasser, wenn auch in anderer Weise, geht es auch bei einem „Dauerbrenner“ der Bezirkspolitik - der Nutzung des Elsensees als Freibad. DIE LINKE ging und geht davon aus, dass es für die 240.000 Einwohner unseres Bezirkes und natürlich besonders für Kinder und Jugendliche eine „legale“ öffentliche Badestelle geben sollte. Wie bekannt, kann am Wernerbad eine solche Möglichkeit nicht geschaffen werden. Der Zustand, dass viele Bürger in Seen baden, in denen das offiziell nicht erlaubt ist, aber mehr oder weniger geduldet wird, kann in keiner Weise befriedigen. Also sollte die Debatte um den Elsensee weitergeführt werden, auch wenn sie schon lange andauert und es gelegentlich Irritationen gab. In der Oktobersitzung der BVV brachten SPD, CDU und Bündnis-Grüne einen gemeinsamen Antrag ein, alle weiteren Planungen für eine Badestelle und Wasserskianlage am Elsensee sofort einzustellen. In namentlicher Abstimmung stimmten 23 Abgeordnete für und 25 gegen den Antrag - 21 von der LINKEN und vier Fraktionslose. Für Irritationen sorgte bei einigen, dass unter den vier Fraktionslosen ein Mitglied der ehemaligen Fraktion der NPD war. Deshalb sei noch mal deutlich gesagt, dass der Antrag auch ohne diese Stimme abgelehnt worden wäre (Stimmgleichheit ist Ablehnung - § 20 der Geschäftsordnung). Man kann das übrigens alles im Internet nachlesen - wenn der Blick nicht durch den Wahlkampf getrübt ist.

Bernd Preußner

Nachhaltigkeit steht im Vordergrund

Die Siedlungsgebiete Kaulsdorf, Biesdorf, Mahlsdorf haben in den zurückliegenden 20 Jahren eine erfolgreiche Entwicklung genommen. Dass die Einwohnerzahl seit 1990 um über 24.000 gestiegen ist und der Kaufkraftindex bei 110 weit über dem Berliner Durchschnitt von 95 liegt, wird von Zeit zu Zeit öffentlich wahrgenommen.

Über die städtebaulich positive Entwicklung am Anger in Kaulsdorf – die Sanierung und Umgestaltung der Höfe zu Wohnanlagen – wird kaum gesprochen.

Die Entscheidung zum Neubau des Klinikums Vivantes in Kaulsdorf wurde gebührend gefeiert.

Die planerischen Abstimmungsprozesse, die Festsetzung des Bebauungsplanes, gerade im Bezirksamt beschlossen, und die Realisierung des Vorhabens geschehen in unaufgelegter kontinuierlicher Arbeit.

Erfolgsgeschichten basieren auf Zuverlässigkeit und sachbezogener Arbeit im Team.

Auch in Mahlsdorf gibt es Entwicklungen, die von außen wenig wahrgenommen werden. In Nord-Mahlsdorf an der Landsberger Straße, auf der Fläche der ehemaligen Gärtnerei, entwickelt und realisiert die degewo ein neues Wohnviertel. Hier standen die städtebaulichen Vorstellungen der 90er Jahre dem tatsächlichen Bedarf entgegen. In Abstimmung mit der degewo hat der Bezirk die planungsrechtlichen Grundlagen geändert. Der städte-

bauliche Vertrag zur Sicherung der Gemeinbedarfe muss nun den tatsächlichen Erfordernissen angepasst werden. Hier gilt es, den Belangen der Jugend-, Schul-, Verkehrs- und Grünentwicklung Rechnung zu tragen und zu einem abgestimmten, einvernehmlichen Vertrag mit der degewo zu bringen.

In Biesdorf-Süd wurde seit Mitte der 90er Jahre ein komplett neues Wohngebiet errichtet. Die professionelle Arbeit des beauftragten Treuhänders (DSK Deutsche Stadt- und Grundstücksentwicklungsgesellschaft mbH; BauGrund AG) und eine gute Abstimmung zwischen Bezirk und Senat waren die Grundlagen dafür, dass im ehemaligen Entwicklungsgebiet Biesdorf-Süd heute kaum noch ein freies Grundstück zu haben ist. Mit der seit 2002 begonnenen Umsteuerung der Planungsprozesse an einen bedarfs- und verbraucherorientierten Grundstückszuschnitt war die Voraussetzung dafür gelegt, dass die Entwicklungsmaßnahme schwarze Zahlen schrieb. Die Einfamilienhäuser entstanden fast über Nacht, ebenso der zusätzliche Bedarf an Kita-Plätzen. Die Einrichtung im Grabensprung, zum 6. Oktober eröffnet, konnte kurzfristig finanziert werden, da die Grundstücksverkäufe erfolgreich liefen. In kürzester Zeit musste geplant und bebaut werden und dies gelang nur, weil zwischen allen Beteiligten (Senat, dem bezirklichen Hochbauamt, dem Jugendamt und dem frei-

en Träger als Betreiber) eine hervorragende Zusammenarbeit lief.

Der notwendige neue Schulstandort ist in den Investitionsplan des Bezirkes aufgenommen.

Auch die Umgestaltung der Flächen um das Theater am Park, als Grundlage für eine bessere betriebswirtschaftliche Basis für den Verein, war ein von einer sachorientierten, kollektiven Atmosphäre geprägter Prozess. Begleitet von einer intensiven Öffentlichkeitsarbeit im Planungsprozess wurden die Abrissarbeiten im Wohngebiet weitgehend akzeptiert. Die Arbeiten zur Gestaltung der Grünanlage neben dem Theater am Park haben begonnen. Für die Gestaltung der Fläche vor dem Theater ist die Finanzierung noch nicht gesichert.

Ökologische Stadtentwicklung ist auch oder vor allem ein sozialer Prozess. Eine Orientierung auf eine breite Beteiligung vieler Akteur/-innen in der Vorbereitungs- und Planungsphase schafft die Grundlage für eine gute, sachorientierte Zusammenarbeit in der Realisierungsphase, erhöht die Akzeptanz der Veränderungsprozesse und ermöglicht die Identifizierung mit den Ergebnissen. Nachhaltigkeit beginnt so.

Norbert Lüdtke

Bezirksstadtrat

für Ökologische Stadtentwicklung

Erfolge brauchen Zeit

Anlässlich von nunmehr 20 Jahren PDS- bzw. Linksparteigeschichte auch in Marzahn-Hellersdorf habe ich in meinen Kisten gekramt und viele Papiere zutage gefördert, die sich schon in der Gründungszeit unserer Partei auf eine Forderung reduzieren lassen: „Arbeit her!“ Damals lief die Zerschlagung der Marzahner Großbetriebe auf Hochtouren und der CDU-Wirtschaftssenator Pieroth begegnete unseren Forderungen nur mit dem lapidaren Spruch „Der Markt wird es schon richten!“ Der Markt hat gerichtet, hingrichtet.

Auch auf Druck der LINKEN setzte in der Berliner Senatspolitik in den letzten Jahren ein Umdenken ein. Es hat sich gezeigt, dass die Dienstleistungsmetropole Berlin ohne industrielles Standbein auf tönernen Füßen steht. Auch ich unterstützte sehr nachdrücklich die so genannte „Kreativindustrie“. Aber der Modestandort Berlin wird ohne Wiederbelebung der Textilindustrie nicht aus den Startlöchern kommen. Darum setzt linke Wirtschaftspolitik für Berlin vergleichsweise erhebliche Mittel ein, um die Potenziale des inzwischen wieder weltweit anerkannten Wissenschafts-

zentrums Berlin für die industrielle Produktion zu erschließen. Gegen viel, durchaus auch begründeten, Widerstand auch in den eigenen Reihen haben wir der Ansiedlung der FHTW auf der Oberschöneweider Industriebrache (KWO, TRO, WF) den Weg geebnet. Und erst am vergangenen Mittwoch haben wir im Hauptausschuss des Abgeordnetenhauses gegen den heftigen Widerstand von Grünen und FDP einen Antrag des Bezirksamtes Marzahn-Hellersdorf durchgesetzt, der die Entwicklung eines neuen Industriestandortes auf dem Gelände der Wasserbetriebe nördlich der Bitterfelder Straße ermöglicht.

In den nächsten Jahren kann dort der Clean Tech Business Park Marzahn-Hellersdorf entstehen. Schön wäre ein für „normale“ Menschen verständlicherer Name. Das würde die Akzeptanz für die jetzt kommenden Kosten sicher erhöhen. Fakt ist jedenfalls, wir haben es geschafft, dass Berlin für die Entwicklung dieses Gebietes bis zum Jahre 2028 jährlich zirka 390.000 Euro bereitstellt. Das ist ein langer Zeitraum und das ist für uns eine Menge Geld. Aber wir erhoffen uns davon auch

eine Menge Arbeitsplätze für die Region.

Anmerken möchte ich, dass dieser Beschluss auch in meiner Fraktion nicht ohne vorherige heftige Diskussionen durchsetzbar war. Schließlich geht ein gut Teil der Berliner Schulden auf das Konto verkrachter „Entwicklungsgebiete“ aus der Zeit der CDU-SPD-Koalition. Aber dank einer in diesem Falle ausgesprochen guten Kooperation zwischen dem Bezirksamt und uns Abgeordneten konnten wir manches Hindernis im Abgeordnetenhaus aus dem Wege räumen. So wünsche ich mir auch künftig die Zusammenarbeit zwischen Bezirks- und Landespolitik unserer Partei.

Im Gegensatz dazu steht leider der Umgang mit dem Investitionsvorhaben auf dem ehemaligen „allkauf“-Gelände an der Märkischen Allee. Diese Brache schmerzt mich sehr. Und das liegt nicht nur daran, dass sie an meinen Wahlkreis grenzt. Der Clean Tech Business Park zeigt, dass linke Wirtschaftspolitik auch gute Wirtschaftspolitik sein kann.

Wolfgang Brauer (Mda)

Mitglied der Berliner Linksfraktion

Fragen an das MfS. Auskünfte über eine Behörde Marzahner Gesellschaftspolitischen Forum am 9. November

Auch 21 Jahre nach der Wende rüttelt dieses Thema Emotionen auf, sowohl bei den ehemaligen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, wie in vielen anderen Kreisen. Es wird ja auch politisch am Kochen gehalten. Am Abend des 9. November – ein ohnehin historisch beladenes Datum – war das Marzahner Gesellschaftspolitische Forum mehr als gut besucht. Pünktlich zum 60. Jahrestag der Gründung des Ministeriums für Staatssicherheit erschien am 8. Februar das Buch „Fragen an das MfS“. Inzwischen liegt die 3. Auflage vor. Was ist das Besondere an diesem Buch? Ist es nicht nur eins mehr in der langen Liste zu diesem Thema? Ist es nicht! Erstmals greifen die Autoren Fragen auf, die ihnen in vielen Veranstaltungen und Gesprächen gestellt wurden und geben in verständlicher Sprache, keinem Partei- oder Apparatedeutsch offen, kritisch und selbstkritisch Auskunft über ein weites Spektrum der Aufklärungs- und Abwehrarbeit des MfS. Hat die Stasi gefoltert? Wurde die DDR flächendeckend überwacht? Konnte sie jeden in den Knast stecken, dessen Nase nicht passte? Welche Privilegien hatten Stasi-Spitzel? Warum gab es überhaupt einen Geheimdienst? Das sind einige dieser Fragen.

An diesem Abend stellten Reinhard Grimmer, Klaus Eichner und Wolfgang Schmidt das Buch vor und standen dem Forum Rede und Antwort, unterstützt von weiteren Autoren im Publikum. Die Diskussion war lebhaft und sachlich. Nachgefragt wurde beispielsweise das Verhältnis zwischen Abwehr und Aufklärung, die Weisungskompetenz des Politbüros der SED, das Verhältnis zum Geheimdienst der Sowjetunion KGB und der Umgang mit Verrätern. Natürlich kam auch

Aus den Siedlungsgebieten

Volksbegehren zu Wasserverträgen hat Erfolg!

Das von vielen unseren Mitgliedern unterstützte Volksbegehren zur Veröffentlichung der Verträge über die Teilprivatisierung der Berliner Wasserbetriebe konnte erfolgreich abgeschlossen werden. Mit der Veröffentlichung der Vertragstexte in der TAZ können sich die Berlinerinnen erstmals selbst ein Bild über diese Verträge machen. Der CDU-SPD-Senat hatte 1999 die Teilprivatisierung der Wasserbetriebe beschlossen und vertraglich festgesetzt. DIE LINKE hat sich immer konsequent gegen diesen Vertrag ausgesprochen und beim Verfassungsgerichtshof des Landes Berlin dagegen Klage geführt. Das Gericht hat lediglich die konkrete gebührenrechtliche Gestaltung der Bereicherung beanstandet. Das Gesetz wurde dabei leider nicht zu Fall gebracht. Die privaten Versorgungskonzerne RWE und Veolia haben 49,9 Prozent der Anteile der Wasserbetriebe für 3,1 Milliarden Euro gekauft. Sie taten dieses aus dem nackten Interesse an den Renditen. Das Profitinteresse der privaten Konzerne wurde im Teilprivatisierungsgesetz von CDU und SPD verankert. Es hat durch Preiskalkulationen die satten Gewinne der Konzerne ermöglicht. Diese Preiskalkulationen werden durch viel zu hohe Wasserpreise von den Berlinerinnen

wieder die Frage nach den Todesumständen des Fußballers Lutz Eigendorf. Mit Verweis auf den exakten Untersuchungsbericht der Kripo Bremen schlossen die ehemaligen Mitarbeiter eine Beteiligung des MfS kategorisch aus.

Schade, dass so wenig junge Leute da waren. Woran denken sie, wenn sie DDR hören? Mauer, Stasi, Diktatur? Oder Vollbeschäftigung, keine Drogen und soziale Fürsorglichkeit? Ostdeutsche Jugendliche leben oft mit dem Widerspruch zwischen dem, was sie in Schule und Medien erfahren und dem, was sie abends zu Hause im Kreis ihrer Familie hören. Das Landesamt für Schule und Medien Berlin-Brandenburg (LISUM) trägt jedenfalls mit seiner Arbeitsmappe „Opposition und Repression in der DDR“ nicht gerade zur Aufklärung bei, wenn darin beispielsweise behauptet wird, dass der Atheismus im Osten dazu beigetragen habe, dass sich Menschen dazu hergaben, Spitzeldienste für das MfS zu leisten (vgl. Neues Deutschland, 17.08.2010, S. 14).

Das Buch polarisiert. Selbst im Buchhandel reicht das Spektrum von positiver Aufnahme bis zum Boykott und Totschweigen. Ich bewerte es als den notwendigen Versuch, einen Beitrag zur Sachlichkeit und Wahrheit beim Umgang mit der jüngeren deutschen Geschichte zu leisten – und war mir darin mit dem Publikum einig.

Der zitierte Bericht von Gerhard Hoffmann (ISOR aktuell 11/2010) erregte dann sogar noch Heiterkeit: In der idyllischen oberlausitzer „Pension Weiser“ finden sich neuerdings Bibeln besonderer Art: „Fragen an das MfS“. „Die Gäste stauen, sind interessiert, manche schmunzeln still, aber andere suchen das Gespräch, möchten das Buch kaufen – einige lassen es auch einfach still

abverlangt. Wir haben in den vergangenen elf Jahren um eine Lösung aus den Verträgen gekämpft. Manche Politiker der CDU tun heute so, als wenn ihre Partei mit der Vertragsgestaltung nichts zu tun hatte. Sie tun so, als wenn Rot-Rot diese Konstruktionen geschaffen hätte. Das werden wir ihnen nicht durchgehen lassen. In der Novelle des Teilprivatisierungsgesetzes von 2004 musste die rot-rote Koalition die garantierte Kalkulation inklusive Renditengarantie für die Privaten entsprechend dem Vertrag von CDU-SPD weiterführen. Andernfalls wäre das Land Berlin direkt in Anspruch und in Haftung genommen werden. DIE LINKE kann sich durch die Offenlegung der Verträge in ihrer Kritik bestätigt fühlen. Unsere Hauptversammlung in Marzahn-Hellersdorf hat sich mehrfach für die Rückführung der Berliner Wasserbetriebe in den Besitz des Landes Berlin ausgesprochen. Inzwischen ist in Berlin eine Stimmung entstanden, die einen solchen politischen Ansatz bestätigt. Wir werden alles tun, um eine Lösung von den Verträgen, mindestens aber eine Neuverhandlung der Verträge zu erreichen.

Klaus-Jürgen Dahler
Fraktionsvorsitzender der LINKEN

und leise ‚mitgehen‘, so dass sogar Nachbestellungen erforderlich waren.“

edition ost im Verlag Das Neue Berlin, Berlin 2010, ISBN 978-3-360-01813-7, 17,95 EUR

Dr. Wolfgang Girus

Volksmarine

Aus Anlass des 50. Jahrestages der Namensgebung „VOLKSMARINE“ an die Seestreitkräfte der DDR richtete der Traditionsverband Nationale Volksarmee e. V. eine Festveranstaltung aus. Rund 300 Teilnehmer aus der gesamten Republik kamen am 7. November nach Lichtenberg. Unter den prominenten Ehrengästen der 92-jährige Armeegeneral a. D. Heinz Kessler. Glasen (Läuten der Schiffsglocke), Flaggenparade, Bootsmannsmaatpenfeifen, an improvisiertem Mast die Dienstflagge aufgezogen – zünftig maritim wurde die Festlichkeit begonnen. Morgens bereits hatte im Friedrichs-Markt ein Matrosentreffen am 7. März 1919 ermordeten Angehörigen der Volksmarinedivision eine Delegation des Traditionsverbandes durch zwei Kapitäne zur See einen Kranz niedergelegt. Der Präsident (LSK/ LV), der Vizepräsident (GT) sowie Ehrenposten (LaSK) in ihren Paradeuniformen salutierten mit gezogenem Säbel. Die Filmaufnahmen davon wurden vormittags zur Veranstaltung eingespielt. Nach dem Vortrag Fregattenkapitän a. D. Prof. Dr. Hans Fischers „Die Volksmarinedivision 1918/19“ überraschten bis dato unbekannt Originalaufnahmen von der Flottenparade im Greifswalder Bodden alle Zuschauer. Auf die Frage, wer denn von den Anwesenden am 4.11.1960 dabei gewesen sei; reckten sich gut drei Dutzend Arme in die Höhe. Admiral a. D. Theodor Hoffmann würdigte im Hauptbeitrag die ehrenvolle Rolle der Volksmarine und die Leistungen ihrer Angehörigen. Zur Mittagspause lief ein Filmzuschnitt des NVA-Armeefilmstudios aus drei Jahrzehnten. Kapitän zur See a. D. Dr. Otto Stüllein hielt die abschließende dritte Rede zum Thema „Die Volksmarine – zuverlässiger Bündnispartner“. In den folgenden Grußadressen spiegelte sich die fortdauernde große Achtung gegenüber dem Friedensbeitrag von NVA und Volksmarine wider. Beachtenswert die von höchstrangigen sowjetisch-russischen Militärs unterzeichnete Grußadresse sowie das Auftreten des ehemaligen Kommandeurs, Oberst a. D. Pardella, in seiner NVA-Fallschirmjägeruniform. Der Verbandspräsident, Oberstlt. a. D. Jürgen, brachte in seinem Schlusswort der Hoffnung Ausdruck, dass die Rolle der einzigen deutschen Armee, die niemals in einem Kriegseinsatz war, der breiten Öffentlichkeit authentisch und wahrheitsgetreu bekannt gemacht werde. Er rief alle DDR-Reservisten auf, sich dem Traditionsverband NVA anzuschließen. Meine Empfehlung: ein Festbuch (10 EUR), das in Geschichten und Bildern das Andenken an unsere Volksmarine bewahrt. Foto-CD sowie DVD des gesamten Events sollen Anfang des Jahres verfügbar sein.

Bernd-R. Lehmann



Entschlossene Proteste werden den Atomkurs der Regierung stoppen

Trotz des bisher größten Polizeieinsatzes konnten Atomkraftgegnerinnen den Transport der Castorbehälter nach Gorbelen im November länger verzögern als je zuvor. Die Breite und Entschlossenheit der Proteste ist für Katharina Dahme, Bundessprecherin der Linksjugend [‘solid’], direkte Folge der offenkundigen Ignoranz des Mehrheitswillens durch die Bundesregierung: „Die Bevölkerung in Niedersachsen ebenso wie im Rest der Bundesrepublik lehnt die weitere Nutzung von Atomkraft mehrheitlich ab. Je dreister die Regierung den Ausstiegswillen der Bevölkerung ignoriert, desto größer und entschlossener werden die Proteste werden. Schon in diesem Jahr haben sich über zehntausend Menschen an Aktionen des zivilen Ungehorsams von Sitzblockaden bis zum Schottern des Gleisbetts beteiligt.“

Auch die Polizeigewerkschaft hat kritisiert, dass man die Interessen der großen Energiekonzerne in der Atompolitik nicht mit Polizeigewalt durchsetzen könne. „Je länger die Bundesregierung sich dieser Einsicht verweigert, desto öfter werden wir Bilder wie vom letzten Castortransport sehen. Tausende Menschen haben sich beim Demonstrieren, Blockieren oder Schottern auch von Knüppeln, Polizeipferden, Pfefferspray und Tränengasgranaten nicht davon abhalten lassen, ein unmissverständliches Nein gegen diese Atompolitik auszusprechen. Wir halten diesen Protest nicht nur für legitim, sondern auch für sehr notwendig“, so Dahme weiter.

Zur Debatte um die Aufteilung der Kosten des Wochenendes ergänzt sie: „Über Steuermittel sollen die Folgekosten verantwor-

tungsloser Atompolitik einmal mehr von der Bevölkerung getragen werden, während die Atomindustrie sich eine goldene Nase verdient und nicht müde wird zu betonen, wie billig ihre Kernkraft sei. Das ist ungerecht! Nicht die öffentliche Hand, sondern die Nutznießer und Verursacher des Mülls müssen für die gesellschaftlichen Begleitkosten seines Transports gefälligst angemessen aufkommen. Die Atomkonzerne sollen zahlen!“

Im selben Zusammenhang hatte CSU-Politiker Herrmann zuletzt vorgeschlagen, dass

nalisiert sie pauschal. Die Erfahrung mit Rot-Grün zeigt, dass ein Ausstieg nur durch eine starke Antiatombewegung erkämpft werden kann. Unser Ziel ist der sofortige und unumkehrbare Atomausstieg. Eine Rückkehr zum sogenannten ‚Atomkonsens‘ von Rot-Grün, der den jahrzehntelangen Weiterbetrieb der AWKs garantierte, ist keine Lösung.“

So werde sich die Linksjugend [‘solid’] auch an zukünftigen Protesten gegen die Verlängerung der AKW-Laufzeiten und deren Auswirkungen beteiligen und bereitet sich ab sofort



die „illegalen, gewalttätigen Demonstranten“ die Kosten tragen sollen. Katharina Dahme hierzu: „Herrmann verübt einen unverhohlenen Angriff auf die Demonstrationsfreiheit, wenn er von illegalen Demonstranten spricht. Weil ihm die Castor-Proteste nicht gefallen, will er sie am liebsten unterbinden und krimi-

auf den nächsten Castortransport vor: „Das Recht auf Widerstand gegen die schwarze Lobbypolitik lassen wir uns nicht nehmen.“

Katharina Dahme ist Bundessprecherin der Linksjugend [‘solid’]

Veranstaltungen**Berliner Eiskunstlauflegenden zu Gast**

» **16.12., 18 Uhr**, Sportmuseum Marzahn, Eisenacher Straße 121 „Sportfenster Marzahn“ mit der ehemaligen **Eiskunstläuferin Christine Stüber-Errath** (Weltmeisterin und 3-fache Europameisterin) Dazu blättert sie in ihrem Buch „Die Pirouettenkönigin“, in dem auch andere ehemaligen Schützlinge der im Juli unerwartet verstorbenen Berliner Meistertrainerin Inge Wischniewski zu Wort kommen. Das Buch ermöglicht erstmals einen unverfälschten Einblick in Zusammenhänge des DDR-Eiskunstlaufsports. Außerdem gibt es an dem Abend ein Wiedersehen mit anderen bekannten Berliner EiskunstläuferInnen, deren Berichte mit einem Film über Kürdarbietungen beliebter Meisterläufer ergänzt wird. Im Rahmenprogramm der 90-minütigen Veranstaltung erklingen Weihnachtslieder.

Jeder Besucher hat anschließend die Möglichkeit, die zahlreichen, zum Teil historischen und einmaligen Exponate des Sportmuseums zu besichtigen.

Einlass: 17.30 Uhr, Beginn: 18.00 Uhr

Kartenreservierungen (Begrenzte Platzkapazität!) telefonisch unter: 56497032 oder täglich 09.00 Uhr - 16.00 Uhr im Büro des Bezirkssportbundes sowie per E-Mail: bsb-mahe@web.de

Unter dem Motto:

„Seid stark und traut auf eure Kraft!“

**lädt der Ernst-Busch-Chor Berlin e.V.
auch für 2011 wieder
zu seinem alljährlich stattfindenden Konzert
für Samstag, den 22. Januar,
und Sonntag, den 23. Januar, jeweils um 15.00 Uhr
in das Russische Haus der Wissenschaft und Kultur
Friedrichstraße 176 - 179, 10117 Berlin,
recht herzlich ein.**

Eintrittskarten zum Preis von 10,00 Euro
erhalten Sie ab 3. November 2010

Dienstag bis Freitag, 14.00 bis 18.00 Uhr,
an der Kasse in der Friedrichstraße,
Tel.: 030/20302320 Fahrverbindungen:

U2 bis Stadtmitte, U6 bis Französische Str. oder Bus 100 und 200 .
oder über

Frau Jutta Behnau, Tel: 030/54801842

Hinten links**Raketenflugzeuge ...**

... fünfmal so schnell wie die Concorde - davon träumen nicht nur Militärs.

Amerikaner und Australier sind führend in der noch anfänglichen Entwicklung der Technologie so genannter Scramjets, die in nur zwei Stunden von New York nach Sydney fliegen sollen.

Den Geschwindigkeitsweltrekord hält seit über fünf Jahren das US-Projekt(II) X 43 mit über Mach 10 (ca. 11.000 km/ h). Nach nur 20 Sekunden hatte sich das Triebwerk wie ein übergroßer Silvesterböllner zerlegt. In einem nächsten Versuch soll die Funktionsdauer fünf Minuten überstehen - dann werden wieder Hunderte Millionen Dollar zerplatzen.

Frage:

Und wie viele EURO schießen diesmal die „noch reichen“ Deutschen mit ihren Fünf-Minuten-Silvester-Feuerwerken in den Himmel?

R. Rüdiger

Bezirksvorstand

» **7.12.2010, 4.1.2011** jeweils 19.30 Uhr Beratung des Bezirksvorstandes, im Linken Treff, Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin

Basisgruppensprecher-Beratungen

» **12.1.**, 18 Uhr (BO Wahlkreis 4) Theater am Park, „Oase“, Frankenhölzer Weg 4, 12683 Berlin

» **12.1.**, 19.30 Uhr (BO Wahlkreise 1, 2, 3 und Bereich Springpfuhl) Kieztreff interkulturell, Marzahn Promenade 38, 12679 Berlin

» **13.1.**, 19.30 Uhr (BO Wahlkreise 5 - 7) Henny-Porten-Str. 10-12

Freundeskreis

» **7.12., 18 Uhr**, Linker Treff, Henny-Porten-Str. 10-12, **Freundeskreis Cuba**

BVV-Fraktion

» **Sprechstunde der Fraktion DIE LINKE** im früheren Marzahner Rathaus, Helene-Weigel-Platz 8 (Raum 312), 12681 Berlin: mittwochs 14 - 18 Uhr, Telefon 54431890

Sprechstunden

» **7.12., 19 -20 Uhr**, Wolfgang Brauer (MdA), Petra Wermke (BVV-Vorsteherin), Bürgerzentrum Marzahn-Nordwest (Atrium des Havemann-Centers), Wörlitzer Straße 3a, 12689 Berlin

» **8.12., 16 - 18 Uhr**, Petra Pau (MdB), Wahlkreisbüro Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin, Anmeldung unter Telefon 99289380

» **13.12., 16 Uhr**, Dr. Gabriele Hiller (MdA), Frauentreff, Kiek in e.V., Hellersdorfer Promenade 14 a, 12627 Berlin

» **2.12., 9.12., 16.12.2010, 6.1.2011 jeweils 10 - 13 Uhr**, Linker Treff, Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin, **Klaus-Jürgen Dahler**, BVV-Fraktionsvorsitzender der LINKEN, für soziale Akteure und Hilfe für Arbeitslose

Geschäftsstelle und Linker Treff, Henny-Porten-Straße 10-12
(fon: 5412130/9953508 - fax: 99901561)

Offen:

Montag	13 - 17 Uhr
Dienstag	9 - 17 Uhr
Donnerstag	9 - 19 Uhr
Freitag	9 - 15 Uhr

Bitte beachten:

Jeden Mittwoch und vom 23.12.2010 - 3.1.2011 ist der Linke Treff geschlossen

Impressum **Marzahn-Hellersdorf links**

Herausgeber: DIE LINKE. Berlin. V.i.S.d.P.: Yvette Rami. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Falle die Meinung der Redaktion wieder. Veröffentlichungen unter „Post an uns“ (Leserzuschriften) sind keine redaktionellen Meinungsäußerungen. Die Redaktion behält sich das Recht Sinn wahrender Kürzungen von Beiträgen vor.

Layout: Yvette Rami

Anschrift der Redaktion: Henny-Porten-Str. 10-12, 12627 Berlin
fon: 5412130/9953508, fax: 99901561.

Internet: www.dielinke-marzahn-hellersdorf.de

E-Mail: bezirk@dielinke-marzahn-hellersdorf.de

Redaktionsschluss: 29.11.2010. Auslieferung ab: 1.12.2010. **Druck:** Eigendruck. „**Marzahn-Hellersdorf links**“ wird aus Spenden seiner Leserinnen und Leser finanziert. Empfehlung: 25 Euro-Cent. Die nächsten Ausgaben erscheinen am 13.1. und 3.2.2011.